

## EZB-Kompass, Country Risk Indicator und Basel II

Verehrte Leserin, verehrter Leser,

in diesem Heft wollen wir Ihnen zwei neue Analyseinstrumente der Volkswirtschaftlichen Abteilung vorstellen. Angesichts der zunehmenden Verfügbarkeit von Informationen für den einzelnen fällt es diesem zugleich immer schwerer, die relevanten Informationen auszuwählen und angemessen zu beurteilen. So wird es zunehmend wichtiger, eine zielorientierte und effiziente Informationsverarbeitung durch die Nutzung von besonderen Instrumenten zu erreichen. Unser EZB-Kompass und der Deka Country Risk Indicator dienen der objektiven Informationsverarbeitung und –verdichtung und damit der Schaffung von validen Entscheidungsgrundlagen. Indikatoren spielen auch im überarbeiteten Konsultationspapier des Baseler Ausschusses für Bankenaufsicht (Basel II) eine bedeutende Rolle. Hier geht es um die Frage, wie die vielfältigen Informationen im Kreditgeschäft in gehaltvolle und aussagekräftige Indikatoren für die Eigenkapitalunterlegung überführt werden können.

Mit freundlichen Grüßen  
Ihr Michael Hüther  
Chefvolkswirt der DGZ·DekaBank

**DGZ**  **DekaBank**

Unternehmen der  Finanzgruppe

### ■ Der EZB-Kompass der DGZ·DekaBank: Ein neues Instrument des EZB-Watching (Seite 2)

Die möglichst zutreffende Einschätzung der künftigen Handlungen der Notenbank erfordert eine vertiefte Einsicht in deren Argumentations- und Entscheidungszusammenhänge. Für die Bundesbank war in den letzten Jahren eigenständiger Geldpolitik zu einer Übung geworden, durch ökonometrische Reaktionsfunktionen diese Informationen zu erlangen. Für die Europäische Zentralbank ist dies angesichts der kurzen Existenz nicht möglich. Wir haben deshalb mit dem EZB-Kompass ein Scoring-Modell entwickelt, das sich in der Logik der von den Notenbank definierten strategischen Orientierungen bewegt. Die Prognosequalität erweist sich als sehr hoch.

### ■ DCRI – ein innovativer Ansatz zur Bewertung von Länderrisiken (Seite 7)

Mit dem Deka Country Risk Indicator werden Länderrisiken bewertet, insbesondere für die Emerging Markets Regionen. Dieser Indikator beruht auf einer Zerlegung des Länderrisikos in das Insolvenz-, das Illiquiditäts- und Instabilitätsrisiko. In der Aggregation wird gerade das Teilrisiko hoch gewichtet, in dem sich ein Land relativ schlecht darstellt. Im Vergleich zu externen Ratings ist dieser Ansatz transparent und hat selbst keine Auswirkungen auf die Kreditwürdigkeit eines Landes.

### ■ Basel II: Mehr Regulierung in der Kreditwirtschaft (Seite 12)

Der Baseler Ausschuss für Bankenaufsicht hat im Januar die überarbeitete Version seines Konsultationspapiers zur Eigenkapitalvereinbarung vorgestellt. Die Konsequenzen, die sich aus dem neuen Regulierungsansatz für die einzelnen Kreditinstitute und die Kreditwirtschaft ergeben, werden eingehend erläutert.

### Herausgeber

DGZ·DekaBank  
Abteilung Volkswirtschaft  
Mainzer Landstraße 16  
60325 Frankfurt

### Chefvolkswirt

Dr. Michael Hüther  
(069) 71 47-23 81

### Autoren

Dr. Karsten Junius (069) 71 47-27 86  
E-Mail: karsten.junius@dgz-dekabank.de

Dr. Ulrich Kater (069) 71 47-28 46  
E-Mail: ulrich.kater@dgz-dekabank.de

Dr. Dietmar Hornung (069) 71 47-25 43  
E-Mail: dietmar.hornung@dgz-dekabank.de

Dr. Paul Terres (069) 71 47-36 75  
E-Mail: paul.terres@dgz-dekabank.de

### Redaktionsschluß

30. März 2001

Nachdruck und Vervielfältigung nur mit  
Genehmigung der DGZ·DekaBank  
Deutsche Kommunalbank

ISSN 1439-8125

Der Baseler Ausschuss für Bankenaufsicht hat im Januar 2001 sein neues Diskussionspapier zur Neuregelung der Baseler Eigenkapitalübereinkunft (Basel II) vorgelegt.<sup>1)</sup> Mit der Umsetzung der Vorschläge zur Eigenkapitalvereinbarung werden erhebliche Änderungen für das Kerngeschäft der Kreditinstitute verbunden sein. Diese betreffen vor allem die Bemessung der Eigenkapitalunterlegung von Krediten, Neuerungen bei der Beurteilung der Kreditnehmer, Erweiterungen der Offenlegungspflichten und Umstellungen in der Organisation und Struktur des Kreditgeschäftes. Bei letzterem werden insbesondere der Geschäftsleitung und den Aufsichtsorganen eines Kreditinstitutes zusätzliche Aufgaben und Verantwortlichkeiten aufgetragen.

Das Vertragswerk zu Basel II stellt zunächst eine freiwillige Vereinbarung zwischen Aufsichtsbehörden und international tätigen Großbanken dar. Über die EU-Gesetzgebung finden die Vorschriften zu einem großen Teil Eingang in das nationale Aufsichtsrecht und werden von den Aufsichtsbehörden auf alle Kreditinstitute angewendet. Die Konsultationsfrist für die neue Eigenkapitalvereinbarung ist vom Baseler Ausschuss ungebührlich kurz bis Ende Mai 2001 festgesetzt worden. Eine Veröffentlichung der endgültigen Fassung soll bis Ende des Jahres erfolgen, die Anwendung bei den international tätigen Banken ist für 2004 geplant. Parallel zu den Baseler Verhandlungen laufen zur Zeit in Brüssel und in den betroffenen Ländern Vorbereitungen für eine Umsetzung in europäisches bzw. nationales Recht. Die Anwendung der entsprechenden Regelungen ist ebenfalls für das Jahr 2004 vorgesehen. Obwohl dies den Kreditinstituten auf den ersten Blick einen ausreichenden Zeitraum zur Vorbereitung zu belassen scheint, sind angesichts der erheblichen Anpassungserfordernisse und der hierfür erforderlichen Vorlaufzeiten bereits heute eine intensive Auseinandersetzung mit den neuen Vorschriften und erste Schritte zur Umsetzung dringend erforderlich.

Die im Konsultationspapier des Ausschusses zur Diskussion gestellte Neufassung der

Eigenkapitalübereinkunft ist inhaltlich in drei Teile gegliedert, die als Säulen bezeichnet werden.

## Stärkere Risikoorientierung bei der Eigenkapitalunterlegung (sogenannte erste Säule)

Im wichtigsten Teil der neuen Vereinbarung, der Eigenkapitalunterlegung von Forderungen, sind wesentliche Änderungen gegenüber der bisherigen Regelung vorgesehen. Die Eigenkapitalunterlegung soll sich in Zukunft stärker am Risikogehalt der Forderungen des Kreditinstitutes orientieren. Im Bereich der Risikomessung gibt es dabei zwei wesentliche Neuerungen:

- Das Kreditrisiko soll in Zukunft am tatsächlichen Risikogehalt des einzelnen Kredites gemessen werden, wodurch die bisherige stark schematische und klassifizierende Messung des Kreditrisikos abgelöst wird.
- Als neuer unterlegungspflichtiger Risikofaktor tritt das operationelle Risiko neben die unterlegungspflichtigen Kredit- und Marktrisiken hinzu. Damit sollen vor allem

die Betriebs- und Rechtsrisiken erfasst werden, die durch die Abhängigkeit des Bankgeschäftes von elektronischer Datenverarbeitung und durch Manipulationsgefahren entstehen.

Die Messung des Marktrisikos bleibt in seiner bisherigen Form weitgehend erhalten. Ebenso ist die Bemessung des regulatorischen Eigenkapitals (Kernkapital, Ergänzungskapital) gegenüber dem bestehenden Ansatz im wesentlichen unverändert.

## Kreditrisiko

Zur Messung des Kreditrisikos von Forderungen werden die Institute in Zukunft vor der Alternative stehen, einen sogenannten Standardansatz, der auf externen Ratings basiert, zu verwenden oder die Kreditrisiken mittels internen Ratings zu bestimmen (internal ratings based approach). Hier wird je nach Komplexität des Ratingsystems zwischen einem Basisansatz und einem fortgeschrittenen Ansatz unterschieden.

## Standardansatz

Den Standardansatz zur Messung des Kreditrisikos werden die Kreditinstitute

**Tabelle 1: Bonitätsgewichte im Standardansatz für Staaten, Banken und Unternehmen**

Externes Rating bzw.	AAA bis AA-	A+ bis A-	BBB+ bis BBB-	BB+ bis B-	unter B-	nicht eingestuft
ECA-Länderkennziffer	1	2	3	4 bis 6	7	
<b>Staaten</b>						
Bonitätsgewicht	0%	20%	50%	100%	150%	100%
<b>Banken</b>						
Bonitätsgewichte bei						
Option 1: Bonität des Staates	20%	50%	100%	100%	150%	100%
Option 2: Bonität der Bank	20%	50%	50%	100%	150%	50% <sup>*)</sup>
Option 2 für kurzfristige Forderungen <sup>**)</sup>	20%	20%	20%	50%	150%	20% <sup>*)</sup>
<b>Unternehmen</b>						
Bonitätsgewichte	20%	50%	100%	100%	150%	100%

<sup>\*)</sup> Forderungen an Banken ohne externes Rating können kein Risikogewicht erhalten, das niedriger als das Risikogewicht ihres Sitzlandes ist.

<sup>\*\*)</sup> Eine zusätzliche Reduzierung des Bonitätsgewichtes für kurzfristige Forderungen ist möglich, wenn der Kredit in heimischer Währung vergeben und refinanziert ist.

Quelle: Baseler Ausschuss für Bankenaufsicht, Die Neue Baseler Eigenkapitalvereinbarung, Seiten 7-11.

verwenden müssen, die nicht über interne Ratingprozesse verfügen oder deren internes Rating von den Aufsichtsbehörden nicht ausdrücklich genehmigt worden ist. Das vorzuhaltende Eigenkapital richtet sich im Standardansatz nach dem ausstehenden Kreditbetrag und der Risiko- oder Bonitätsbeurteilung des Schuldners. Die Risiko"messung" wird sich nicht wie bisher in einem von der Aufsicht nach Kreditnehmergruppen pauschal festgelegten Bonitätsgewicht manifestieren, sondern die Risikobeurteilung von externen Ratingagenturen oder von Exportkreditagenturen (ECA) wird als Maßstab für den Risikogehalt der Forderungen von Kreditinstituten herangezogen und in entsprechende Bonitätsgewichte umgesetzt, die die Höhe der Eigenkapitalunterlegung bestimmen. Kredite an gut geratete (risikoarme) Schuldner sollen dann mit geringeren Sätzen angerechnet werden (und entsprechend mit weniger Eigenkapital unterlegt werden müssen) als Kredite an bonitätsmäßig schlechter geratete (risikoreichere) Schuldner.

Bei der neuen Regelung wird allerdings weiterhin nach verschiedenen Kreditnehmergruppen (Staaten, Banken und Unternehmen) unterschieden. Die Risikogewichte für die einzelnen Gruppen sind in der Tabelle 1 auf der vorhergehenden Seite wiedergegeben.

Kritisch ist bei dem Vorschlag anzumerken, dass die Unternehmensfinanzierung gegenüber der Finanzierung von Banken und Staaten in vielen Risikoklassen mit höheren Bonitätsgewichten diskriminiert wird (z.B. in Risikoklasse B) und auch die Finanzierung von Banken gegenüber Staaten in den guten Risikoklassen mit höheren Gewichten Benachteiligungen aufweist. Nimmt man eine anhand von Risikobeurteilungen vorgenommene Bonitätsgewichtung ernst und sind die so erstellten Beurteilungen konsistent (was etwa für das Rating der Agentur Standard & Poor's zutrifft), dann ist nicht einzusehen, warum die Forderungen gegenüber Unternehmen mit höheren Gewichtungssätzen belegt werden sollen als Forderungen gegenüber den anderen Kreditnehmern. Vielmehr wäre es konsequent, die Bonitätsgewichte entsprechend der Ratingkategorie unabhängig vom Kreditnehmer in gleicher Höhe anzusetzen, da diese gleich hohe Ausfallwahrscheinlichkeiten beinhalten. Es ist verständlich, dass die Aufsichtsbehörden als staatliche Stellen mit häufig engen Verbindungen zu den Finanzministerien und die Banken als Interessenvertreter eine bevorzugte Behandlung der oben beschriebenen Forderungen durchsetzen wollen. Im Interesse der Unternehmen liegt eine solche Ungleichbehandlung nicht. Die Kreditvergabe würde zugunsten insbesondere von staatlichen

Schuldnern und von Banken verzerrt, ohne dass hierfür ein sachlicher Grund (geringeres Risiko) gegeben wäre. Die damit verbundene Verzerrung einer volkswirtschaftlich optimalen Ressourcenallokation ist nicht akzeptabel.

Aus Marktsicht dürften in den kommenden Jahren bis zur Einführung von neuen nationalen Regelungen Anpassungen in den Kreditportfolios von Kreditinstituten erfolgen. Die Unterlegungspflicht für Unternehmenskredite, deren Bonitätsgewicht bisher einheitlich 100% betragen hat, wird für gut geratete Unternehmen (gleich oder besser als A-) vermindert. Diese Top-Unternehmen dürften innerhalb des Unternehmenssektors die Gewinner der neuen Regelung sein (Beispiele vgl. Tabelle 2). Aufgrund der attraktiveren Eigenkapitalunterlegung ist zu erwarten, dass die Forderungen an gut geratete Unternehmen in den Bankbilanzen zunehmen werden. Die Kreditvergabe kann entweder direkt über einen Anleihekauf oder indirekt über eine Auflegung von Unternehmensanleihefonds erfolgen.

Banken, deren Bonitätsgewicht bisher vorwiegend mit 20% anzusetzen war, dürften der vorgesehenen Regelung mit gemischten Gefühlen gegenüberstehen. Den nationalen Aufsichtsbehörden soll bei der Unterlegung von Forderungen gegenüber Banken ein Optionsrecht gewährt werden. Nach Option 1 wäre nicht das Risiko der einzelnen Bank Maßstab für die Eigenkapitalunterlegung, sondern vielmehr das Risikogewicht des Heimatlandes. Die Banken erhalten dann ein um eine Stufe höheres Risikogewicht als das des Sitzstaates (das wiederum von der Aufsichtsbehörde nach eigenem Ermessen beurteilt werden kann). Diese Alternative ist nicht sinnvoll, da die Bonität der beaufsichtigten Regierung das Risiko der jeweiligen Bank nicht adäquat widerspiegeln muss. Nach Option 2 ist das externe Rating der einzelnen Bank Maßstab für das Risikogewicht, wobei für kurzfristige Forderungen Sondervorschriften vorgesehen sind. Die Unterlegungspflicht bei Forderungen gegenüber schlecht gerateten Banken wird in beiden Optionsmodellen zunehmen. Ange-

**Tabelle 2: Rating und Risikogewichtung von Unternehmen**

Unternehmen	Rating Standard & Poor's (März 2001)	Risikogewichtung	
		neu	bisher
Gaz de France	AAA	20%	100%
General Electric	AAA	20%	100%
Nestle	AAA	20%	100%
Novartis	AAA	20%	100%
Royal Dutch	AAA	20%	100%
Assurances Generales de France	AA+	20%	100%
Bayer	AA	20%	100%
E.ON	AA	20%	100%
Glaxo Wellcome	AA	20%	100%
Henkel	AA-	20%	100%
Alcatel	A	50%	100%
Alusuisse Group	A-	50%	100%
Anglian Water	A	50%	100%
British Telecommunications	A	50%	100%
Daimler Chrysler	A	50%	100%
Repsol-YPF	A-	50%	100%

sichts der Tatsache, dass die führenden internationalen Banken jedoch mit relativ guten Ratings ausgestattet sind, ergeben sich aus dieser Regelung zumindest in Europa keine allzu gravierenden Änderungen.

Die schlechten staatlichen Schuldner werden durch die Neufassung der Baseler Eigenkapitalrichtlinien vordergründig benachteiligt. Ein schlechtes Rating wird nach der Tabelle mit einer gegenüber der bisherigen Regelung i.d.R. höheren Unterlegungspflicht „bestraft“. Dies kann jedoch aufgrund einer Ausnahmeregelung durch die nationale Aufsichtsbehörde wieder rückgängig gemacht werden, indem diese ein niedrigeres Bonitätsgewicht zuweist. Da die meisten Aufsichtsbehörden den Weisungen des Finanzministers unterliegen, ist abzusehen, dass eine risikoorientierte Unterlegung von Staatsschulden nicht erfolgen wird und die Forderungen gegenüber schlecht gerateten Staaten (wie bisher) mit geringeren Bonitätsgewichten anzusetzen sein werden. Auch gegenüber anderen staatlichen Einheiten kann von den Aufsichtsbehörden eine solche Vergünstigung gewährt werden, ohne dass hieran Bedingungen hinsichtlich der Qualität geknüpft sind. Es ist nicht sinnvoll, dass die Aufsichtsbehörden so in die Rolle von Kreditbeurteilungsinstitutionen schlüpfen und die Möglichkeit erhalten, willkürlich günstigere Bonitätsgewichte an staatliche Körperschaften zu verteilen.

Wie im ersten Diskussionspapier des Ausschusses, das im vergangenen Jahr bei den Bankenvertretern auf Ablehnung gestoßen ist, vermag der Baseler Ausschuss nicht die Probleme zu lösen, die daraus entstehen, dass nur eine geringe Anzahl von europäischen Unternehmen überhaupt extern geratet ist. Für die überwiegende Zahl der Unternehmen und insbesondere den Mittelstand in Deutschland ist ein solches Rating aus vierlei Gründen nicht denkbar. Diese Unternehmen müssen nach den Baseler Plänen bei den Banken, die den Standardansatz anwenden, mit erheblichen Nachteilen bei der Finanzierung rechnen, da für sie pauschal eine 100%-Anrechnung Anwendung findet. Da der Standardansatz

vorwiegend die kleineren Institute wie Sparkassen und Volks- und Raiffeisenbanken trifft und diese überproportional in der Mittelstandsfinanzierung engagiert sind, wird mit diesen Regelungen die Finanzierung des Mittelstandes erheblich erschwert.<sup>2)</sup>

#### Internes Rating

Die geringe Zahl an extern gerateten Unternehmen in Kontinentaleuropa hätte bei einer ausschließlichen Zulassung des externen Ratings als Risikomaßstab dazu geführt, dass erhebliche Nachteile insbesondere für die kontinentaleuropäischen Großbanken entstanden wären. So sind etwa in Europa gegenwärtig nur 705 Finanzinstitute und 679 Unternehmen von Standard & Poor's geratet, während der Anteil der gerateten Organisationen in den USA weitaus höher liegt. Dies hat den Ausschuss nach erheblichen Protesten kontinentaleuropäischer Kreditinstitute und Verbände in seinem zweiten Konsultationspapier dazu bewogen, auch das interne Rating, also eine Risikobeurteilung durch die Kreditinstitute selbst, als Maßstab für die Einschätzung von Risiken zuzulassen. Die Anwendung des internen Ratings durch ein Kreditinstitut unterliegt jedoch strengen Voraussetzungen und ist nur nach einer vorherigen ausdrücklichen Genehmigung durch die Aufsichtsinstanz der Bank gestattet. Das Portfolio des Kreditinstitutes wird beim internen Rating in sechs verschiedene Klassen eingeteilt: Kredite an Unternehmen, an Banken, an Staaten, an Privatkunden, Projektfinanzierung und Anteile an Unternehmen.<sup>3)</sup>

#### Forderungen gegenüber Unternehmen, Banken und Staaten

Bei der Risikomessung von Forderungen an Unternehmen, Banken und Staaten unterscheidet der Ausschuss zwischen zwei unterschiedlich komplexen internen Ratingsystemen, dem Basisansatz (foundation approach) und dem fortgeschrittenen Ansatz (advanced approach).

#### Basisansatz (foundation approach)

Im Basisansatz bestimmt sich die Unterlegung von Forderungen dadurch, dass die Ausfallwahrscheinlichkeit (PD, probability of

default) eines Kredites durch das Institut intern geschätzt wird. Das Bonitätsgewicht ergibt sich dadurch, dass den Ausfallwahrscheinlichkeiten mittels einer Risikogewichtungsfunktion bestimmte Bonitätsgewichte zugeordnet werden. Die Risikogewichtungsfunktion ist dabei von der Aufsicht vorgegeben und enthält implizite Annahmen über weitere Risikofaktoren wie die Forderungshöhe bei Ausfall (EAD, exposure at default), die beim tatsächlichen Kreditausfall sich ergebende Verlustquote (LGD, loss given default) bei unterschiedlichen Arten der Besicherung und die Restlaufzeit des Kredites (M, maturity). So wird bei der Risikogewichtungsfunktion pauschal davon ausgegangen, dass die Forderungshöhe beim Ausfall dem ausstehenden Nominalbetrag entspricht, dass der Verlust bei Ausfall bei einer unbesicherten Forderung 50% beträgt (bei einer unbesicherten nachrangigen Forderung 75%) und dass die durchschnittliche Restlaufzeit des Kredites bei drei Jahren liegt.

#### Fortgeschrittener Ansatz (advanced approach)

Demgegenüber werden im fortgeschrittenen Ansatz sämtliche Risikokomponenten an internen Schätzungen des Kreditinstitutes ausgerichtet. Neben der Ausfallwahrscheinlichkeit (PD) werden hier also auch die Forderungshöhe bei Ausfall (EAD), die sich ergebende Verlustquote (LGD) und die Restlaufzeit des Kredites (M) ermittelt und mittels einer kontinuierlichen Risikogewichtungsfunktion in Risikogewichte überführt. Unsicherheit besteht beim Baseler Ausschuss hinsichtlich der Berücksichtigung des Laufzeiteffektes, also für den Einfluss der Laufzeit auf das Kreditrisiko. Je nach gewählter Modellklasse (Default-Methode oder market-to-market-Methode) resultieren deutlich unterschiedliche Risikogewichtungsfunktionen, die der Ausschuss zur Disposition stellt. Hier ist es sinnvoll, den Kreditinstituten, die den fortgeschrittenen Ansatz verwenden, ein Wahlrecht (mit Veröffentlichung der gewählten Modellklasse) einzuräumen. Wenn keine Gewissheit darüber besteht, welche der beiden Modellklassen die für die Zwecke der Risikoermittlung bessere ist, sollte dies im „Wettbewerb der

Modellklassen“ entschieden werden. Es ist nicht auszuschließen, dass sich für die einzelnen Banken unterschiedliche Modelle als sinnvoll erweisen.

Kritisch muss in diesem Zusammenhang die im Konsultationspapier vorgesehene Laufzeitberücksichtigung betrachtet werden. In Deutschland besteht eine ausgeprägte Langfristkultur bei den Kreditbeziehungen, die systemstabilisierend sowohl für die Kreditwirtschaft als auch für die Finanzmärkte in der Bundesrepublik wirkt. Sie ist Ausdruck einer hohen Effizienz des Kreditsektors, der auf einer bisher marktwirtschaftlichen Ordnungsstruktur und einer relativ stabilen Währung aufbauen konnte. Die geplanten Eigenkapitalzuschläge und die Belastung langfristiger Kreditbeziehungen im internen Rating durch überzogen hohe Risikogewichte stellen eine erhebliche Benachteiligung dieser Langfristkultur dar. Es ist zu erwarten, dass es aufgrund falsch gesetzter Anreize zu einer Verkürzung der Kreditlaufzeiten kommen wird. Ein Teil der Kreditbeziehungen wird vom Kreditsektor auf die Kapitalmärkte ausweichen. Zudem dürften sich aufgrund der künstlichen Verteuerung langfristiger Kredite die marginalen langfristigen Investitionsprojekte als nicht mehr rentabel erweisen. Eine solche aufsichtsrechtlich bedingte Fehllenkung von Kapital dürfte langfristig die Wohlfahrt eines Landes mindern und zu einer suboptimalen Investitionsstruktur führen.

Bei beiden Ansätzen sind die Anforderungen an die Qualität der Daten sehr hoch angesiedelt. Für die Datenbasis muss eine Ausfallhistorie über mindestens fünf Jahre nachgewiesen werden. Für die erste Geltungszeit der neuen Eigenkapitalvereinbarung ist jedoch eine dreijährige Übergangszeit vorgesehen, an deren Ende erst ein vollständiger Nachweis der fünfjährigen Ausfallhistorie zu erbringen ist. Bei einem geplanten Inkrafttreten der Baseler Übereinkunft im Jahre 2004 würde die Übergangszeit Ende 2006 auslaufen, so dass bereits im Jahre 2002 mit der Datenerhebung und -sammlung begonnen werden müsste. Dies beließe den einzelnen Kreditinstituten nur einen unverhältnismäßig kurzen Vorberei-

tungszeitraum. Sollte die Übergangszeit nicht um mindestens ein Jahr ausgeweitet werden, muss jetzt schon mit den Arbeiten zur Installation des internen Ratings begonnen werden. Für eine Anwendung des fortgeschrittenen Ansatzes könnte sich selbst dies schon als zu spät erweisen, denn es ist vorgesehen, dass ein Institut bei den Schätzungen der Verlustquote (LGD) über eine Mindestbeobachtungsperiode der Daten von sieben Jahren verfügen muss (eine analoge Übergangsregelung ist nicht vorgesehen).

#### Kredite an Privatkunden

Im Gegensatz zu den bisher besprochenen Kreditgruppen gibt es bei den Krediten an Privatkunden keine Unterscheidung nach Basis- und fortgeschrittenem Ansatz. Die Kredite werden vielmehr nach verschiedenen Kriterien wie Produktart (Kreditkarten, Ratenkredite, Baukredite etc.), Schuldnerisiko, Verzugsstatus, Kreditlebenszyklus und optional zusätzlichen Kriterien wie Beleihungsgrenze, Kreditgröße, Restlaufzeit etc. segmentiert. Danach sollen über diese Segmente hinweg Verlustschätzungen vorgenommen werden. Hierfür sind zwei alternative Möglichkeiten vom Ausschuss zur Disposition gestellt. Einerseits einen Ansatz, bei dem über Ausfallwahrschein-

lichkeiten (PD) und Verlustquoten (LGD) eine Risikogewichtung ermittelt wird, andererseits einen Ansatz, bei dem direkt über einen erwarteten Verlust (EL, expected loss) auf eine Risikogewichtung geschlossen wird. Bei der Risikogewichtungsfunktion ist die Kreditlaufzeit nicht explizit als Variable berücksichtigt, implizit ist eine durchschnittliche Laufzeit von drei Jahren unterstellt. Für die unterschiedlichen Produktarten gilt nach gegenwärtigem Stand eine identische Risikogewichtungsfunktion. Bei einer Verlustquote von 50% ist für verschiedene Ausfallwahrscheinlichkeiten in Tabelle 3 das entsprechende Risikogewicht angegeben.

Das Konsultationspapier sieht vor, dass in einzelnen Kreditnehmerklassen nach Addition der gewichteten Risikoaktiva eine Anpassung des Kreditbestandes zur Berücksichtigung der Größenklassendiversifizierung (Granularität) vorgenommen werden soll. Damit soll der unterschiedlichen Konzentration bzw. Diversifizierung der jeweiligen Teilportfolios Rechnung getragen werden. Die Granularitätsanpassung gestaltet sich als Zuschlag bzw. Abzug vom jeweiligen Betrag der für ein Portfolio ermittelten risikogewichteten Aktiva. Die Vorgehensweise zur Berechnung der Risikogewichte wurde vom Ausschuss für „normal“ diversifizierte Portfolios ermittelt. Der Zu- bzw. Abschlagsfaktor stellt dann einen Ausgleich für höher bzw. geringer konzentrierte Portfolios dar. Die Auswirkung dieser Anpassung auf die Eigenkapitalunterlegung kann erst nach eingehenden Berechnungen für das jeweilige Kreditinstitut ermittelt werden.

Insgesamt muss die Vorgehensweise des Ausschusses, den Kreditinstituten unterschiedlich komplexe Verfahren zur Kreditbeurteilung zur Disposition zu stellen, kritisiert werden. So wohlgemeint dieser Vorschlag zunächst erscheinen mag, so sind doch mit seiner Durchführung erhebliche Verzerrungen verbunden.

Zum einen lassen sich die von dem Baseler Ausschuss entwickelten Kriterien für die Handhabung der Zulassung des internen Ratings nicht wissenschaftlich objektiv unterlegen, vielmehr sind allgemein akzep-

**Tabelle 3: Ausfallwahrscheinlichkeiten und Risikogewichte für Privatkunden**

Ausfallwahrscheinlichkeit (in %)	Risikogewicht (in %)
0,03	6
0,05	9
0,1	14
0,2	21
0,4	34
0,5	40
0,7	50
1	64
2	104
3	137
5	195
10	310
15	401
20	479
30	605

Quelle: Baseler Ausschuss für Bankenaufsicht, Die Neue Baseler Eigenkapitalvereinbarung, Seite 80.



tierte Ratingkriterien nicht ermittelbar. Die Schwierigkeiten bei der Bestimmung von Kriterien zur Zulassung des internen Ratings hätten vom Baseler Ausschuss besser erkannt werden müssen. Die Models Task Force des Ausschusses hat im Januar vergangenen Jahres ein Diskussionspapier veröffentlicht, in dem die internen Ratingssysteme von Banken untersucht wurden und Möglichkeiten einer Verbindung des internen Ratings mit bankaufsichtlichen Regelungen aufgezeigt werden sollten. Nach einer Analyse der internen Ratingssysteme von Banken musste der Ausschuss eingestehen, „... that there is presently no single standard for the design and operation of an internal rating system ...“<sup>(4)</sup>. Vielmehr ergaben Präsentationen und eine Untersuchung von rund 30 internationalen Großbanken mit hochentwickelten internen Systemen, dass mehrere unterschiedliche Ansätze nebeneinander existieren. Diese können als Punkte auf einem Kontinuum angesehen werden, an dessen einem Ende Systeme mit persönlicher Expertenbeurteilung stehen und an dessen anderem Ende Systeme, die ausschließlich auf statistischen Modellen beruhen.

Einheitliche Kriterien für die Zulassung von internen Ratings dürften sich unter diesen Umständen nur schwerlich finden lassen. Die Festlegung von bestimmten Anforderungen an das Rating durch die Aufsichtsbehörden muß besonders kritisch gesehen werden, weil letztlich objektive Kriterien für die Anerkennung eines internen Ratings nicht ermittelbar sind. Eine Entscheidung über die Kriterien und somit die Anerkennung des internen Ratings eines Instituts muss somit immer ein gewisses Maß an Willkür beinhalten. Angesichts des damit verbundenen elementaren Eingriffs in die Marktstruktur muss jedoch bezweifelt werden, ob eine solche Intervention aus ordnungspolitischer Sicht verantwortet werden kann.

Zum anderen rühren die Verzerrungen daher, dass der Ausschuss diejenigen Institute begünstigen will, die eines der komplexeren Kreditbeurteilungsverfahren (internes Rating) anwenden. Es ist vorge-

sehen, dass die tatsächlichen Unterlegungsätze und damit die defacto-Eigenkapitalunterlegung für die Institute mit internem Rating niedriger liegen als für die Institute, die den Standardansatz verwenden. Eine solche Vorgehensweise wird gravierende Folgen für die Struktur des Bankensektors mit sich bringen und Konzentrationstendenzen im Bankensektor erheblich fördern.

Die vorgesehenen Regelungen dürften sich aufgrund dieser geplanten Vorgehensweise als gegen die Dezentralität der Sparkassenorganisation und auch des Genossenschaftssektors gerichtet erweisen. Da abzusehen ist, dass die einzelne Sparkasse bzw. eine Volks- und Raiffeisenbank mit den organisatorischen Anforderungen an ein eigenes Ratingsystem nach aufsichtsrechtlichen Ansprüchen überfordert ist, wird im Sparkassen- bzw. Genossenschaftssektor ein regional oder auf Bundesebene einheitliches Ratingsystem eingeführt werden müssen. Damit werden jedoch erhebliche Eingriffe in das Kerngeschäft dieser Institute, die Kreditvergabe (für die Sparkassen als Förderer der regionalen Wirtschaftsstruktur und für die Genossenschaftsbanken als Förderer der Interessen ihrer Mitglieder), verbunden sein. Je nach Ausgestaltung der Anforderungen wird es zu einer mehr oder weniger starken Zentralisierung des Kreditgeschäftes kommen. Eine Zentralisierung würde das Kerngeschäft der Sparkassen und Genossenschaftsbanken, das weiterhin im Kreditgeschäft – gerade auch für den Mittelstand – liegt, eines seiner wichtigsten Vorteile berauben. Der liegt in der Dezentralität der Kreditbeziehung, bei der die besonderen Umstände des lokalen Marktes, des Kreditnehmers etc. dem Institut vor Ort besser bekannt sind als einer zentralen Stelle, und dem damit verbundenen Informationsvorsprung der in der Fläche angesiedelten Kreditinstitute. Eine teilweise Zentralisierung des Kreditgeschäftes, wie sie mit der geplanten Neuregelung der Baseler Eigenkapitalübereinkunft verbunden sein wird, liegt von daher nicht im Interesse dieser Institute und auch nicht in dem ihrer häufig mittelständisch geprägten Kundschaft. Die mit der Dezentralität gewonnen Vorteile der Sparkassen und der Genossenschaftsbanken

werden durch die geplante aufsichtsrechtliche Regulierung verloren gehen. Von einer Wettbewerbsneutralität kann bei der geplanten Vorgehensweise des Ausschusses nicht mehr gesprochen werden. Die Kosten aufsichtsrechtlicher Bestimmungen treffen aufgrund ihres Fixkostencharakters kleinere Institute stärker als größere. Die Sparkassen und Genossenschaftsbanken werden daher gegenüber den Großbanken erheblich benachteiligt.

### Operationelle Risiken

Neben dem Kreditrisiko und dem Marktrisiko soll in Zukunft das sogenannte „operationelle Risiko“ eines Kreditinstitutes mit Eigenkapital unterlegt werden. Damit soll dem Risiko, das aus der „Gefahr von unmittelbaren und mittelbaren Verlusten [resultiert], die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren, Menschen und Systemen oder externen Ereignissen eintreten“<sup>(5)</sup>, Rechnung getragen werden. Unter dieser recht schwammig gehaltenen Begriffsdefinition, die im Laufe des Konsultationsverfahrens noch präzisiert werden soll, verbergen sich zum Beispiel Gefahren, die aus Computerproblemen oder einer fehlerhaften Dokumentation von Geschäftsvorgängen resultieren, oder auch Gefahren aus menschlichem Fehlverhalten (willentlich oder aus Unachtsamkeit). Der Ausschuss sieht zur Messung des operationellen Risikos drei unterschiedliche Verfahren vor.

#### Basisindikatoransatz

Die Eigenkapitalunterlegung wird im Basisindikatoransatz anhand eines einzigen Indikators ermittelt, der stellvertretend für das gesamte operationelle Risiko des Kreditinstituts steht. Als Beispiel wird vom Ausschuss die Höhe der Bruttoerträge als Indikator angeführt. Das Eigenkapital wäre dann in Höhe eines festen Prozentsatzes (sogenannter Alpha-Faktor) auf die Bruttoerträge zu bemessen.

#### Standardansatz

Im Standardansatz werden verschiedene Indikatoren für unterschiedliche Geschäfts-

felder ermittelt, anhand deren die Eigenkapitalunterlegung für das operationelle Risiko bemessen werden soll. Die Geschäftsfelder werden dabei brancheneinheitlich nach der internen Geschäftsstruktur von Banken unterteilt. Für jedes Geschäftsfeld soll sowohl ein eigener Indikator als auch ein eigener Kapitalfaktor als Prozentsatz für die Unterlegung (sogenannter Beta-Faktor) angewendet werden. Die einzelnen Geschäftsfelder und die Indikatoren sind wie folgt vorgesehen:

**Tabelle 4: Operationelle Risiken im Standardansatz**

Geschäftsbereiche	Geschäftsfelder <sup>*)</sup>	Indikator	Kapitalfaktoren <sup>**)</sup>
Investment Banking	Unternehmensfinanzierung	Bruttoerträge	$\beta_1$
	Handel	Bruttoerträge (oder VAR)	$\beta_2$
Banking	Privatkundengeschäft	Jahresdurchschnittliche Bilanzsumme	$\beta_3$
	Commercial Banking	Jahresdurchschnittliche Bilanzsumme	$\beta_4$
	Zahlungsverkehr	Jährlicher Durchsatz an Zahlungen	$\beta_5$
Sonstige	Wertpapierprovisionsgeschäft	Bruttoerträge	$\beta_6$
	Vermögensverwaltung	Verwaltetes Gesamtvermögen	$\beta_7$

\*) Es ist beabsichtigt, ein weiteres Geschäftsfeld für „agency“-Dienstleistungen (einschließlich Depotgeschäft) aufzunehmen (vgl. Einzelheiten hierzu auf S. 104 (Fußnote) des Konsultationspapiers).

\*\*) Zur Kalibrierung der Beta-Faktoren vgl. Einzelheiten auf S. 104 (Fußnote) des Konsultationspapiers.

Quelle: Baseler Ausschuss für Bankenaufsicht, Die Neue Baseler Eigenkapitalvereinbarung, Seite 104.

Die gesamte Eigenkapitalunterlegung für das operationelle Risiko richtet sich im Standardansatz nach der Summe der für die jeweiligen Geschäftsfelder aufsichtsrechtlich geforderten Einzelunterlegungen.

#### Interner Bemessungsansatz

Beim internen Bemessungsansatz werden die Tätigkeiten einer Bank in die gleichen Geschäftsfelder gegliedert wie beim Standardansatz. Darüber hinausgehend werden grundsätzliche Merkmale des operationellen Risikos, sogenannte Risikotypen, definiert und auf die jeweiligen Geschäftsfelder angewendet. Anhand von internen Schätzungen wird von der Bank für die unterschiedlichen Risikotypen der jeweiligen Geschäftsfelder ein erwarteter Verlust ermittelt, der über sogenannte Gamma-Faktoren in eine Eigenkapitalunterlegung umgerechnet wird. Die gesamte Eigenkapitalunterlegung des operationellen Risikos setzt sich aus der Summe der jeweiligen Einzelunterlegungen für die entsprechenden Risikotypen der Geschäftsfelder zusammen.

Die Unterlegung von operationellen Risiken mit Eigenkapital muss deshalb kritisch gesehen werden, weil der Ausschuss für die Unterlegung des operationellen Risikos eine Art Mindestgrenze festlegen will. So plant der Ausschuss, dass die Unterlegung für das operationelle Risiko etwa 20% des bestehenden regulatorischen Eigenkapitals ausmachen solle.<sup>6)</sup> Eine solche pauschale Vorgabe von Unterlegungssätzen für bestimmte Risikogruppen oder die Festlegung ihrer Verhältnisse untereinander muss

willkürlich erscheinen, da sie sich nicht an der tatsächlichen Risikosituation der Banken orientiert. Solche globalen Risikovorgaben hinsichtlich der Eigenkapitalunterlegung stellen vielmehr eine „Anmaßung von Wissen“ (F. A. von Hayek) dar, da der Ausschuss vorgibt, bestimmte Risiken stünden in einem gewissen Verhältnis zueinander. Die Zielvorgabe von 20% dürfte zudem kleinere Institute benachteiligen, da die operationellen Risiken für diese Häuser aufgrund weniger komplexer Organisationsstrukturen als geringer einzuschätzen sind. Die Unterlegung von Eigenkapital für operationelle Risiken sollte daher für diese Institute geringer ausfallen und würde dann einen geringeren Prozentsatz an der gesamten Eigenkapitalunterlegung ausmachen. Für komplexere Organisationseinheiten könnte sich demgegenüber durchaus ein höherer Anteil ergeben.

#### Aufsichtliches Überprüfungsverfahren („Supervisory Review Process“, sogenannte zweite Säule)

Der „Supervisory Review Process“ stellt eine aufsichtsbehördliche Überprüfung der angemessenen Eigenkapitalausstattung und des internen Bemessungsverfahrens der Banken dar. Er ist ein im angelsächsischen Raum weitverbreitetes Instrument der Bankenaufsicht. Dort werden die Banken regelmäßig von den Aufsehern „inspiziert“. Dieses Verfahren soll über Basel II nun auch in der Bundesrepublik eingeführt werden. Der „Supervisory Review Process“ soll sicherstellen, dass die Eigenkapitalposition einer Bank und ihre Eigenkapitalstrategie ihrem gesamten Risikoprofil und ihrer Risikostrategie entsprechen. Hier wird der Geschäftsleitung weitreichende Verantwortung hinsichtlich der Risiko- und Eigenkapitalstrategie und der Angemessenheit des Risikomanagementverfahrens zugewiesen. Auch die obersten Verwaltungsorgane eines Institutes werden wesentlich stärker als bisher zu einer aktiven und regelmäßigen Kontrolle des Risikogeschäftes verpflichtet.

Neben der Verpflichtung der Leitungsorgane des Institutes wird eine intensive und regelmäßige Kontrolle und Überwachung des Risikogeschäftes durch die Aufsichtsbehörde eingefordert. Dies ginge mit erheblichen Eingriffen in die wirtschaftliche Entscheidungsfreiheit der Banken einher. Es soll insbesondere ein frühzeitiges Eingreifen der Aufsichtsbehörden gefördert werden, wenn das Eigenkapital kein genügendes Polster gegen Risiken bildet. Den Aufsichtsbehörden soll darüber hinaus das Recht gegeben werden, eine Eigenkapitalausstattung einzufordern, die über den aufsichtsrechtlichen Mindestquoten (nach Säule 1) liegt.

Es ist nicht explizit aufgeführt, an welchen Kriterien sich die Aufsicht bei ihrer aufsichtsrechtlichen Überprüfung der angemessenen Eigenmittelausstattung nach der zweiten Säule ausrichten will. Es ist zu befürchten, dass sich die Aufsicht über diese Säule lediglich zusätzliche Macht- und Interventionsmittel gegenüber den Banken sichern will. Ein „Supervisory Review Process“

ohne klar aufgeführte Kriterien, anhand deren eine „Aufstockung“ der Eigenmittelunterlegung für eine Bank im Zweifelsfall erfolgen sollte, wäre ein diskretionäres Manipulationsinstrument in den Händen der Aufsicht. Dies sollte keinesfalls eingeräumt werden. Hier muss vielmehr die Frage gestellt werden, warum die Möglichkeit zur Aufstockung der Eigenmittelunterlegung nicht bereits in der ersten Säule vorgesehen und dort an konkret nachvollziehbare Bedingungen geknüpft ist.

Der „Supervisory Review Process“ mit expliziten diskretionären Eingriffsrechten stellt einen erheblichen Eingriff in die wirtschaftliche Handlungsfreiheit dar. Eine solche Änderung würde es bei einer Übernahme in deutsches Recht möglicherweise erforderlich machen, dass der Grundsatz I (Eigenmittelgrundsatz), der bisher nur eine reine Verwaltungsanweisung darstellt, zumindest in Form einer Durchführungsverordnung ausgeführt wird. Dies mindert jedoch erheblich die Flexibilität des Grundsatzes bei notwendigen Änderungen und Anpassungen an die sich rapide ändernden Bedingungen des Umfeldes im Bankensektor.

### Marktdisziplin (sogenannte dritte Säule)

Die sogenannte dritte Säule wird von den Bankenaufsichtern als „Marktdisziplin“ bezeichnet. Sie lässt sich allerdings treffender mit dem Begriff „Offenlegungsanforderungen“ umschreiben. Hier soll eine Marktdisziplinierung durch erhöhte Transparenz über die Veröffentlichung zuverlässiger und aktueller Informationen durch die Kreditinstitute erreicht werden. Die zu veröffentlichenden Informationen werden in allen relevanten Bereichen in „Kerninformationen“ und „ergänzende Informationen“ unterteilt. Dabei werden vier Bereiche unterschieden: Im ersten, dem Anwendungsbereich, sind Angaben zum aufsichtsrechtlichen „Konsolidierungskreis“ erforderlich. Im zweiten Bereich werden Angaben zur aufsichtsrechtlichen Eigenkapitalstruktur erbeten, worunter die Zusammensetzung des Kernkapitals, die Höhe des Ergänzungs-

kapitals und damit zusammenhängende Rechnungslegungsparameter fallen. Der dritte Bereich umfasst die eingegangenen Risiken und deren Beurteilung. Hier sind Informationen zu den Kreditrisiken (z.B. Verteilung nach Arten, Regionen, Branchen und Laufzeiten, Risikovorsorge, Kreditrisikomaßverfahren), Marktrisiken, operationellen Risiken und zum Zinsänderungsrisiko im Anlagebuch erforderlich. Der vierte Bereich schließlich erstreckt sich auf Informationen zur Angemessenheit der Eigenkapitalausstattung. Hier sollen etwa Eigenkapitalquoten entweder auf konsolidierter Basis oder auch für einzelne Risikoarten angegeben werden.

Die Aufsicht hat sich mit diesem Ansatz nicht zu einer „echten“ Marktdisziplinierung durchdringen können. Sie hätte bei der Marktdisziplinierung einen großen Schritt weiter gehen können: so wären Eigenkapitalunterlegungssätze in Abhängigkeit von den jeweiligen Spreads der Bankanleihen (sie werden zumindest von den international tätigen Banken begeben) vorstellbar gewesen. Ein solch mutiger Schritt wurde jedoch nicht gewagt. Der Grund hierfür mag darin liegen, dass dies mit einer stärkeren Betonung der marktlichen Risikolenkung und geringeren diskretionären Eingriffsmöglichkeiten der Aufseher einhergegangen wäre.

### Organisation und Struktur des Kreditgeschäftes

In weiten Teilen der Dokumente des Baseler Ausschusses finden sich zusätzliche Anforderungen an die Leitungsorgane von Kreditinstituten. Diese werden in vielen Banken Umstellungen in der Organisation und Struktur des Kreditgeschäftes erforderlich machen. Sie sind nicht zuletzt deshalb notwendig, weil mit einer Umsetzung der Baseler Übereinkunft in nationales Recht der Geschäftsleitung und dem obersten Verwaltungsorgan eines Kreditinstitutes zusätzliche Aufgaben und Verantwortlichkeiten aufgetragen werden.

Wesentliche Bestimmungen hierzu sind im Rahmen des „Supervisory Review Process“ festgehalten. Danach muss die Geschäftsleitung ein umfassendes Verständnis über die Art und das Niveau der eingegangenen Risiken und deren Einfluss auf die Angemessenheit der Eigenkapitalausstattung besitzen. Sie muss ebenfalls die Angemessenheit von Form und Entwicklungsgrad des Risikomanagementverfahrens sicherstellen. Dem obersten Verwaltungsorgan wird die Verantwortung zur Festlegung der Risikotoleranz der Bank übertragen. Es muss sicherstellen, dass ein System zur Risikomessung eingeführt, entwickelt und angewendet wird. Zudem muss es strikte interne Kontrollen und schriftliche Vorschriften und Verfahrensweisen einführen.

Weitergehende Organisationsvorschriften ergeben sich, wenn ein Institut beabsichtigt, seine Kreditbeurteilung nach dem internen Ratingverfahren durchzuführen. Alle wesentlichen Aspekte des Ratings müssen dann intern durch die Geschäftsleitung, den Kreditausschuss und das oberste Verwaltungsorgan genehmigt werden. Die Gremien sollen zeigen können, dass sie über ein grundsätzliches Verständnis der in der Dokumentation der Ratingsysteme und Prozesse beschriebenen Methoden verfügen. Für die Anwendung des internen Ratings ist vorgesehen, dass jedes zugeordnete Rating „von einer unabhängigen Stelle, deren Vergütung nicht von dem zugeordneten Rating abhängen darf und für die auch keine sonstigen Vorteile aus dem zugeordneten Rating entstehen dürfen, überprüft werden“<sup>7)</sup> muss. Zusätzlich ist vorgesehen, dass die Bank über eine unabhängige Kreditrisikoüberwachungseinheit verfügt, „die für den Entwurf, die Implementierung und die Qualität des internen Ratingsystems der Bank verantwortlich ist“<sup>8)</sup>. Diese Abteilung sollte unabhängig vom operativen Geschäft angesiedelt sein.



## Basel II: neuer Dirigismus statt marktwirtschaftlicher Lösungsansätze

So gut gemeint und so sinnvoll eine risikoorientierte Eigenkapitalunterlegung im Einzelfall sein mag, so sehr muss jedoch deren Umsetzung im neuen Baseler Konsultationspapier auf ordnungspolitische Bedenken stoßen. Der Ordnungsrahmen ist falsch gesetzt. Die gegenwärtige Ausgestaltung belässt den Aufsichtsbehörden weitgehende Eingriffsspielräume, wo sie sich auf eine allgemeine Regelsetzung beschränken sollten. In demokratischen Regelsystemen wird bewusst auf eine Trennung von regelsetzenden („legislativen“), ausführenden („exekutiven“) und urteilenden („judikativen“) Organen abgestellt. Diese Grenzen verschwimmen jedoch, wenn die Aufsichtsbehörden einerseits die Regeln festlegen, gleichzeitig über deren Ausführung bestimmen und die Durchführung überwachen und zusätzlich ohne Berufungsinstanz agieren können. Eine Kompetenzabgrenzung und Aufgabenteilung ist hier nicht nur aus demokratischen Prinzipien geboten, sondern auch ökonomisch sinnvoll. Bei einem dergestalt ausgelegten Mechanismus der Regelfindung kann es nicht verwundern, dass bei der Regelsetzung den ausführenden Organen übermäßige Kompetenzen und Aufgaben zugewiesen werden, damit die (gleichen) Institutionen als exekutive Bürokratien Macht- und Stellenansprüche geltend machen können. Eine Aufgabentrennung und klare Kompetenzabgrenzung ist hier für eine in einem demokratischen und marktwirtschaftlichen Ordnungsrahmen agierende Kreditwirtschaft lebensnotwendig.

Die geplante Neuregelung der Eigenkapitalvereinbarung und die weitergehenden Eingriffe der Bankenaufsicht in das Kreditgeschäft bedeuten erhebliche zusätzliche Regulierungs- und Bürokratielasten für die Kreditinstitute. Die Befugnisse der Bankenaufsicht sollen erheblich ausgedehnt und damit der Bereich staatlichen Handelns ausgeweitet werden. Statt mehr Eigenverantwortung und wirtschaftliche Freiheit zu fördern, werden die Institute mit zusätzlichen Eingriffen belastet. Die aufsichts-

bedingten Kosten der Kreditinstitute würden sich unangemessen erhöhen, was sich wiederum in den Finanzierungskosten der Unternehmen niederschlägt. Die vorgeschlagenen Regulierungsschritte führen tendenziell zu einer zunehmenden Konzentration im Kreditgewerbe. Gerade der Mittelstand profitiert jedoch von einer dezentralen Versorgung mit Kreditdienstleistungen.

### Anmerkungen

- 1) Baseler Ausschuss für Bankenaufsicht, Die Neue Baseler Eigenkapitalvereinbarung, Konsultationspapier, Januar 2001, Übersetzung der Deutschen Bundesbank ([www.bundesbank.de](http://www.bundesbank.de)), Originalfassung: Basel Committee on Banking Supervision, The New Basel Capital Accord, Consultative Document, January 2001, ([www.bis.org](http://www.bis.org)).
- 2) Vgl. hierzu auch die Ausführungen in Terres, Paul (2000): Die Baseler Eigenkapitalrichtlinien schaden dem Mittelstand in Deutschland, in: Konjunktur – Zinsen – Währungen, Analysen aus der Volkswirtschaftlichen Abteilung des DGZ-DekaBank Konzerns, Ausgabe Juni 2000, S. 2-9. Die Problematik wird noch dadurch verschärft, dass die Unterlegungspflicht für Institute, die den Standardansatz verwenden, höher liegen soll als für die Institute, die ein internes Rating anwenden.
- 3) Die Unterlegung der Kreditklassen „Projektfinanzierung“ und „Anteile an Unternehmen“ ist im Baseler Konsultationspapier noch nicht abschließend geregelt. Sie werden hier nicht betrachtet.
- 4) Baseler Ausschuss für Bankenaufsicht: Range of Practice in Banks' Internal Rating Systems, Basel, Januar 2000“ unter [www.bis.org/publ/index.htm](http://www.bis.org/publ/index.htm) (Basel Committee on Banking Supervision, Publications No. 66).
- 5) Baseler Ausschuss für Bankenaufsicht, Die Neue Baseler Eigenkapitalvereinbarung,

Konsultationspapier, Januar 2001, Übersetzung der Deutschen Bundesbank ([www.bundesbank.de](http://www.bundesbank.de)), S. 103, Originalfassung: Basel Committee on Banking Supervision, The New Basel Capital Accord, Consultative Document, January 2001, ([www.bis.org](http://www.bis.org)).

- 6) Baseler Ausschuss für Bankenaufsicht, Überblick über die Neue Baseler Eigenkapitalvereinbarung, Januar 2001, Übersetzung der Deutschen Bundesbank ([www.bundesbank.de](http://www.bundesbank.de)), S. 32, Originalfassung: Basel Committee on Banking Supervision, Overview of The New Basel Capital Accord, January 2001, ([www.bis.org](http://www.bis.org)).
- 7) Baseler Ausschuss für Bankenaufsicht, Die Neue Baseler Eigenkapitalvereinbarung, Konsultationspapier, Januar 2001, Übersetzung der Deutschen Bundesbank ([www.bundesbank.de](http://www.bundesbank.de)), S. 50, Originalfassung: Basel Committee on Banking Supervision, The New Basel Capital Accord, Consultative Document, January 2001, ([www.bis.org](http://www.bis.org)).
- 8) Baseler Ausschuss für Bankenaufsicht, Die Neue Baseler Eigenkapitalvereinbarung, Konsultationspapier, Januar 2001, Übersetzung der Deutschen Bundesbank ([www.bundesbank.de](http://www.bundesbank.de)), S. 52, Originalfassung: Basel Committee on Banking Supervision, The New Basel Capital Accord, Consultative Document, January 2001, ([www.bis.org](http://www.bis.org)).

Dr. Paul Terres, Tel.: 069/7147-3675,  
E-Mail: [paul.terres@dgz-dekabank.de](mailto:paul.terres@dgz-dekabank.de)

## Veröffentlichungen der Abteilung:

Im Rahmen unseres **E-Mail-Service** bieten wir einen umfassenden Analyse- und Informationsdienst zu den Bereichen Konjunktur, Zinsen und Währungen an.

- **VOLKSWIRTSCHAFT AKTUELL** begleitet das tagesaktuelle Geschäft, in dem neue Daten zur Konjunktur- und Kapitalmarktentwicklung sowie wirtschaftspolitische Ereignisse umgehend konzipiert und prägnant analysiert und kommentiert werden.
- **EMERGING EUROPE BRIEF** konzentriert sich bei der laufenden Kommentierung aktueller Entwicklungen in Konjunktur, Kapitalmarkt und Währungen auf die mittel- und osteuropäischen Reformländer Polen, Tschechische Republik und Ungarn.
- **VOLKSWIRTSCHAFT PROGNOSEN** bietet in monatlicher Folge umfassend unsere Einschätzung der weltwirtschaftlichen Entwicklung. Für alle relevanten Staaten werden Prognosen für Konjunktur, Zinsen und Wechselkurse angeboten, ergänzend für den Ölpreis.
- **VOLKSWIRTSCHAFT SPEZIAL** ist Themen gewidmet, die zwar von hoher Aktualität sind, aber weit über den Tag hinausweisen und strukturelle Entwicklungen in den Blick nehmen. Dies erfordert tiefergehende Analysen und eine entsprechende Aufbereitung.
- **WOCHENVORSCHAU** liefert jeden Freitag Mittag einen Überblick über wichtige Finanzmarktdaten, deren Veröffentlichung in der jeweils folgenden Woche ansteht. Zu den einzelnen Indikatoren werden – soweit möglich – Consensus-Prognosen und die DGZ·DekaBank-Prognose angeführt. Überdies erhalten Sie einen Hinweis, ob im einzelnen ein VOLKSWIRTSCHAFT AKTUELL bzw. ein EMERGING EUROPE BRIEF zu erwarten ist.

Neben der vorliegenden Veröffentlichung „Konjunktur – Zinsen – Währungen“ erscheinen regelmäßig die folgenden

### **Analyseschriften:**

- **RENTENMARKTBERICHT** informiert in zweimonatlichem Abstand über Bestimmungsgründe und Perspektiven der Entwicklung von Zinsen und Wechselkursen. Darüber hinaus wird eine vorausschauende Einschätzung der Geldpolitik in den wichtigen Währungsräumen gegeben.
- **EMERGING MARKETS OUTLOOK** liefert jeweils zum Quartalsbeginn unsere Einschätzung der wirtschaftlichen und wirtschaftspolitischen Entwicklung in den mittel- und osteuropäischen Transformationsländern. Neben unseren Erwartungen bezüglich des Konjunkturverlaufs werden Zins- und Wechselkursprognosen bereitgestellt. Die Schrift erscheint in Englisch.
- **BRANCHENKONJUNKTUR** bietet – jeweils zur Monatsmitte – eine Einschätzung der konjunkturellen Entwicklung in den zentralen Branchen des Produzierenden Gewerbes und im Handel.

**Bezugswünsche** richten Sie bitte an das Sekretariat der Volkswirtschaftlichen Abteilung (Frau Simone Schüttler), und zwar einfach per Telefon (069/7147-2849), per Fax (069/7147-2104) oder per Email ([economics@deka.de](mailto:economics@deka.de)).